

Sächsische Wolfszeitung

Besuchspreis: Monatlich frei Hand Ausgabe 5.50 M., Ausgabe A mit illustriertem Beilage 6.—M. monatlich
11.—M. bzw. 11.50 M. dientlichstens 15.25 M. bzw. 16.75 M. einschließlich Postabteilung. Eingetragen in der
Buchdruckerei erden an allen Buchdruckereien nach. — Sprechstunde des Redakteurs 8 bis 10 Uhr vormittags.
Nicht ausdrücklich zugesetzte und mit Aufsatz nicht versehene Einleitungen an die Redaktion werden nicht aufgenommen.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen ab 10 Uhr, von Sonnenanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die
Viertel-Spalte aller Anzeigen 1.00 M. im Postamt 4.—M. — Für unbedeutlich gehandelte sowie durch
Gernbrecher aufgedruckte Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Tages nicht übernehmen.

Gegen die Zerstörung der Dieselmotoren

Berlin, 20. November. Die deutsche Regierung hat durch ihren Botschafter in Paris an die Botschaftersonderen die nachstehende Note, betreffend den

Neubau von schnelllaufenden Dieselmotoren

gerichtet:

Die Internationale Marine-Kontrollkommission hat in einer an die Deutsche Marine-Kontrollkommission gerichteten Note vom 20. Juli den Bau von drei schnelllaufenden Dieselmotoren bei der Firma Benz in Mannheim mit der Erklärung beauftragt, daß diese Motoren Unterseebootsmaschinen und somit „Kriegsmaterial“ seien. Sie hat die Fertigstellung der Maschinen unteragt und gefordert, daß sie nicht von Ort und Stelle bewegt werden dürfen.

Nachdem die Marine-Kontrollkommission diese Forderung als unbegründet zurückgewiesen hatte, hat die Kontrollkommission diese Weigerung in einer an das Auswärtige Amt gerichteten Note vom 25. August als Verletzung des Ultimatums bezeichnet und ihren Standpunkt unter Berufung auf dieses und auf die in Bezug genommene Entscheidung der Botschaftersonderen vom 3. September 1920 anstrengten.

Die deutsche Regierung vermag die Forderung der Kommission nicht als berechtigt anzuerkennen.

Es besteht kein Streit darüber, daß es sich bei den fraglichen Motoren weder um Maschinen handelt, die aus dem Werthe von Unterseebooten herkömmen, noch um solche, die für Unterseebootzwecke bestellt oder jemals dafür bestimmt gewesen wären. Vielmehr sind die Motoren von der Firma neu für gewerbliche Zwecke hergestellt, in einer Form, wie sie, wenn auch noch nicht so vervollkommen, bereits vor dem Kriege für feindliche Zwecke Verwendung gefunden haben. Sie sind also keine Feindmaschinen.

Die Kontrollkommission scheint nun aus dem von ihr angezogenen beiden Entscheidungen das Recht für sich herleiten zu wollen, zu bestimmen, daß ein gewisser Maschinentyp in Deutschland nicht hergestellt werden darf, obwohl er nachweisbar nur zur Verwendung für Friedliche Zwecke bestimmt ist. Dieses Recht steht ihr nach Ansicht der deutschen Regierung weder allgemein, noch im besondern Fälle zu.

Dies ergibt sich erstens daraus, daß das Problem der Dieselmotoren nicht durch das Ultimatum, sondern durch besondere Entscheidungen der Botschaftersonderen geregelt worden ist. Die Entscheidungen zeigen, daß die Botschaftersonderen der friedlichen Verwendung dieser Maschinen keine Hindernisse in den Weg legen wollte. Hat sie sich doch sogar mit den Unterzeichnungen der für Unterseeboote bestimmten Motoren in gewöhnlichen Betrieben einverstanden erklärt. Wenn sie dies unter Vorbehalt getan hat, so findet das seine Erklärung darin, daß es sich um Gegenstände handelt, die ursprünglich für Zwecke der Friedensföderation verwendet werden sollten, nicht aber darin, daß die Konferenz derartige Maschinen überhaupt als „Kriegsmaterial“ angesehen hätte. Mit dieser Annahme wäre namentlich die Entscheidung vom 1. Juni 1921 unvereinbar, die ausdrücklich zwischen Maschinen als solchen und den beim Bauwagen verwendeten, als „Kriegsmaterial“ zu behandelnden Teilen unterscheidet. Es würde dem Geiste dieser Entscheidungen nicht entsprechen, wenn nunmehr der Neubau ähnlicher Maschinen denen etwaige „Kriegerische“ Merkmale völlig fehlen, für unzulässig er-

klärt werden sollte. Die deutsche Regierung glaubt vielmehr mit Recht davon auszugehen zu können, daß die Botschaftersonderen ihren Standpunkt rechtfertigen, wonach die Neuherstellung schnelllaufender Dieselmotoren, soweit sie nicht ausdrücklich für Unterseeboote bestimmt sind, keinerlei Beschränkungen unterworfen sein kann.

Aber selbst wenn die Kontrollkommission durch die Sonderentscheidung in der Dieselmotoren-Frage nicht gebunden wäre, würden ihr doch weder der Beschluss vom 3. September 1920 noch das Ultimatum das Recht zu dem oben genannten Vorbehalt geben. Diese beiden Entscheidungen würden sie nur ermächtigen, zu bestimmen, was von den Beständen, die während des Krieges Marinewesen gehabt haben und sich bei Unterzeichnung des Friedensvertrages im Besitz des Deutschen Reiches befunden haben, als Kriegsmaterial im Sinne des Artikels 192 zu gelten hat. Daß ihr der Beschluss vom 3. September 1920 keine weitergehenden Rechte verleiht wollte, ergibt sein Wortlaut sowie der Umstand, daß er sich als eine reine Ausführungsbestimmung des Friedensvertrages darstellt. Das Ultimatum beschränkt sich in diesem Punkte darauf, die bereits im Beschluss vom 3. September enthaltene Bestimmung zu wiederholen und näher zu erläutern, ohne jedoch darüber hinausgehen zu wollen.

Wenn nun die Kommission das Recht für sich in Anspruch nimmt, die Herstellung eines bestimmten Maschinentyps zu untersagen, deßen Verwendbarkeit für Friedliche Zwecke unbestritten ist, so liegt darin eine offensame Überzeichnung ihrer Prämisse. Sie verleiht das ihr einzige und allein zugewiesene Feld der Ausführungscontrole und unternimmt es, in die wirtschaftliche Betätigung und Entwicklung Deutschlands auf das empfindlichste einzutreten. Sie will einen Sabotageweg der deutschen Industrie unterbinden, der weit in die Zukunft hinaudreht, der wohl, wie viele andere, während des Krieges vorwiegend in dessen Dienst geführt worden ist, der aber seine natürliche Bedeutung auf dem Gebiet der Feindswirtschaft hat und immer haben wird. Wie abwegig es ist, den schnelllaufenden Dieselmotor ohne weiteres als typisches Kriegsgerät zu kategorisieren, ist bereits in der Anlage der Note vom 27. Oktober 1920 dargelegt. Die dortigen Ausführungen werden in der heutigen Anlage ergänzt: aus ihr mag auch entnommen werden, welche Tragweite für die wirtschaftliche Entwicklung und damit für die Revolutionsfähigkeit Deutschlands die Verhinderung eines so bedeutsamen und zutunssicheren Gewerbezweiges haben würde.

Noch allesdem

steht sich die deutsche Regierung nicht in der Lage, der Forderung der Kontrollkommission Folge zu geben.

Sie kann auch nicht anerkennen, daß in der Weigerung der Marine-Kontrollkommission eine Verleugnung des Ultimatums zu finden ist, und bittet aus Gründen des Rechts und der Gerechtigkeit, vor allem aber auch mit Rücksicht auf die in der Anlage erörterten wirtschaftlichen Momente, die Botschaftersonderen, die in ihrer Note vom 10. November 1920 gerade im Zusammenhang mit der Dieselmotoren-Frage und in unmittelbarer Würdigung ihrer Bedeutung erklärt hat, daß sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands keineswegs beeinträchtigen wolle, die Kommission anzuweisen, von ihrem Verlangen abstand zu nehmen.

Die Washingtoner Konferenz

Washington, 19. November. Von maßgebender britischer Seite verkauft, daß die Mitglieder der britischen Abordnung sich auf eine Erörterung der Frage des englisch-japanischen Bündnisses vor dem Konferenzausschuß für die Frage des Fernen Ostens vorbereiten. Großbritannien betrachtet dieses Problem als von übertragender Bedeutung. Es wird erklärt, daß Großbritannien vollkommen bereit seien werde, den Abschluß eines zweifältigen Abkommen oder einer Revision der englisch-japanischen Vereinbarung, die für die Vereinigten Staaten vollkommen einwandfrei wäre, zu erwägen. Eine Schwierigkeit bei dem Entwurf einer solchen Vereinbarung würde jedoch am Ende die Faltung des amerikanischen Senates sein, der, wie man annimmt, jeder Vereinbarung von der Art eines Vertrages abgeneigt sein würde, und es wird daher die Möglichkeit erwogen, einer derartigen Vereinbarung eine solche Gestalt zu verleihen, daß jeder Gedanke ausländischer Verwicklungen ausgeschaltet wird.

Washington, 20. November. Von hoher amtlicher Seite wird darauf hingewiesen, daß die amerikanische Abordnung die verhältnismäßige Stärke der Flotte, die in dem amerikanischen Verständnisvorschlag festgelegt wird, als grundlegenden Vorschlag ansieht. Von maßgebender Seite ist der Vorschlag gemacht worden, daß, wenn die Washingtoner Konferenz eine Veränderung erzielt, andere Nationen, die nicht an den Verhandlungen teilnehmen, eingeladen werden sollen, ihren Aufschluß an diese Veränderung zu erläutern, damit sich das Abkommen nicht nur auf die neuen Nationen bezieht, die auf der Konferenz vertreten sind. Die amerikanischen Regierungskreise sind der Ansicht, daß über die Probleme des Fernen Ostens eine internationale Verständigung, aber nicht ein formeller Vertrag zusammen kommen werde. Eine Mitteilung der chinesischen Abordnung besagt, daß China der Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses sich widersetzt und auf Auslieferung des Lansing-Ishii-Abkommens besteht.

London, 20. November. Der Sonderberichterstatter der „Sunday Times“ auf der Washingtoner Konferenz lobt seinem Blatte, die Mitteilung der amerikanischen Absicht, unbeweglich zu dem Verhältnis 5:3 zu stehen, sei in einer Art erfolgt, die unfehlbar nach einem Ultimatum schmette. Der Einbruck vertrieb sich, daß die Tage sich rasch auf einen Punkt hin konzentrierten, wo England und Amerika eine vereinte Front zugunsten des Programms von Hughes gegenüber dem Beharren Japans auf Auslieferung bilden werden. Von amtlicher britischer Seite wird dem Berichterstatter erklärt, die britischen Vertreter in Washington seien übereinstimmend der Ansicht, daß der Erfolg der Washingtoner Konferenz gesichert sei. Auch der

Washingtoner Berichterstatter des „Weekly Dispatch“ ist der Ansicht, daß trotz des streitbaren Tonos der amerikanischen Seite gegen die japanische Forderung auf Abänderung des amerikanischen Vorschlags noch nichts eingetreten sei, was etwas anderes als den größten Optimismus rechtfertige.

Paris, 20. November. „Matin“ meldet aus Washington, Frankreich werde am Donnerstag abend in Remond im Hotelclub eine Rede halten und Freitag abreisen. Mit Vivian blieben die meisten Mitglieder der französischen Delegation, darunter Philippe Berthelot, in Washington zurück, auch die militärischen Sachverständigen jedoch wichen mit Brüssel zurück. Wenn erforderlich, habe Vivian seitens des Marschalls Foch den besten militärischen Sachverständigen.

Washington, 20. November. Nach einer Handmeldung hat sich die Neuerkommission gestern mit der Frage des Stillen Ozeans und des Fernen Ostens beschäftigt und sich zu Gunsten des Grundbades der territorialen Unabhängigkeit sowie des Grundbades der offenen See und der Gleichheit der Verhandlung aller Nationen in China ausgesprochen.

London, 20. November. Einem Sonderbericht des Berichterstatters der Exchange Telegraph Company aus Washington ist in die erste Sitzung auf der Washingtoner Konferenz zu hören. Tokio der Wahrnehmung der Vereinten Nationen, daß sie auf der Durchführung der Hauptpunkte der Konferenz beständig bestehen, stellt sich Japan auf den Standpunkt, daß seine Großflamboyance 70 Proz. statt der von amerikanischer Seite vorgeschlagenen 60 Proz. belingen solle. Die amerikanischen Delegierten untersagen das Volumen des Sino-sächsischen Quedes und wünschen es sich möglichst rasch ihrer Ansicht würdig zu machen. Von maßgebender Seite wird dagegen urgeteuert, daß Japan in dieser Frage einen Standpunkt der Vereinigten Staaten schafft, der ungefähr gleichgeblieben ist.

London, 20. November. Der Sonderberichterstatter der „Sunday Times“ auf der Washingtoner Konferenz lobt seinem Blatte, die Mitteilung der amerikanischen Absicht, unbeweglich zu dem Verhältnis 5:3 zu stehen, sei in einer Art erfolgt, die unfehlbar nach einem Ultimatum schmette. Der Einbruck vertrieb sich, daß die Tage sich rasch auf einen Punkt hin konzentrierten, wo England und Amerika eine vereinte Front zugunsten des Programms von Hughes gegenüber dem Beharren Japans auf Auslieferung bilden werden. Von amtlicher britischer Seite wird dem Berichterstatter erklärt, die britischen Vertreter in Washington seien übereinstimmend der Ansicht, daß der Erfolg der Washingtoner Konferenz gesichert sei. Auch der

Die Kreditaktion der Industrie und die Arbeiter und Angestellten

Von Dr. Grunenberg-Düsseldorf

Das Kreidionsgebiet der Industrie an das Deutsche Reich hat bekanntlich viele Kreise der Arbeiter, Angestellten und Beamten stark erregt und einen Sturm der Entrüstung und des Unwillens herausbeschworen, wie in einer Reihe öffentlicher Kundgebungen zum Ausdruck gebracht worden ist; die genannten Kreise verlangen freite Ablehnung des Angebots, denn sie fürchten die Folgen wie Entziehung und materielle Schädigung der Arbeiter, Angestellten und Beamten und eine unerträgliche Abhängigkeit, eine neu entstehende Machstellung des Kriegsministeriums; das Angebot sei eine Provokation der gesamten deutschen Bevölkerung. (1) Außer der Ablehnung verlangen sie von der Reichsregierung Garantien für die Zukunft, daß die Rechte dieser Kreise nicht geschmälert werden. Man kann die Erregung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes durchaus verstehen. Man kann auch fragen, daß die dadurch zunächst betroffenen Kreise nicht bloß eine Ablehnung verlangen, sondern ihre jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse und ihre Erzeugnisse rechtlich verhindern möchten; ja, ich gehe noch einen Schritt weiter und sage: Die genannten Kreise haben rechtliche Ausprägung auf ihre Forderungen. Andererseits muß man aber auch die Bediagung ganz objektiv betrachten und sich die Folgen einer Ablehnung vorzergewinnen. Ich will, wie ich ausdrücklich betonen möchte, durch meine folgenden Ausführungen gewiß nicht in die Rechte und Entschließungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten eingreifen. Aber mir darf sich die Frage, in die wie allmählich hineingezogen sind, doch auch nicht länger verheimlichen.

Unser ganzes gegenwärtiges Wirtschaftsleben ist ein Chaos geworden. Auf allen Gebieten hat eine an Wabulius grenzende Preisbildung eingesetzt und damit eine Unterbindung der nötigen Lebenshaltung eines 30 Millionen Volkes. Ein Motorsee ganz Süddeutschland nach Nahrung, Wohnung, Kleidung nicht durch das gesamte Volk; dazu kommt die unerträgliche Verlastung infolge des Verschuldens Friedens, durch Steuer und Abgaben aller Art. Kein wirtschaftlich Denkender, auch aus den genannten Kreisen, kann sich der Einsicht entziehen, daß mit Gewalt dem Abstandeentreten und vor einer Katastrophen schlimmster Art stehen. Manche Kreise trachten sich zwar mit dem Hinweis auf Alkohol und Österreich wo die Zustände ebenso seien, wenn nicht schlimmer, und das Volk deinetwegen Lebensunterhalt finde. Dieses ist eine Selbstläufung schlimmster Art; denn wenn wir in Deutschland solche Zustände wie in den genannten Ländern erleben müßten, so würden diese viel schlimmer werden, weil es zu einem vollen Untergange unseres Volkes führen würde. Ein Volkswill wie das deutsche kann solche Zustände nicht durchmachen. Seder Einsicht weist auch, daß solche Zustände, wie wir sie jetzt haben, auch nicht von Dauer sein können, das gesamte Volk muß sich unverzüglich dagegen ausspielen, weil es sie nicht mehr ertragen kann und weil weitere Kreise durch sie bereits vollständig proletarisiert sind. Wie müssen also aus dem Chaos heraus und zwar baldigst. — Das Angebot der Industrie geht uns einen Weg aus dem wir möglicherweise aus dem Chaos herauskommen können. Aber es unterliegt gar keinem Zweifel, daß es für viele Kreise einen Rückblick bedeutet. Andererseits aber würde eine Ablehnung desselben unseres Westens verlaufen mit der Vernichtung des vollkommenen Staats. Das aber würde die Vernichtung aller bedeuten zugleich mit dem Untergang der Industrie.

Und weiter: Da wir nicht mehr zahlungsfähig sind, um die Schulden an die Entente abzuzahlen, so liegt die große Gefahr nahe, daß die Entente selbst dann übergehen wird, unsere jetzt noch freien Betriebsteile, wie Eisenbahn und Post, und alle sonstigen öffentlichen Betriebe als Hand für sich in Anspruch zu nehmen und an sich zu reißen. Daraus würden sich dann aber schlimme Folgen ergeben, als solche durch das Angebot der Industrie befürchtet werden. Zweifellos würden dann die Arbeiter, Angestellten und Beamten vollständig entstellt, rücksichtlos würden die verhandelten Objekte ausgebettet werden. Man verkenne die Gefahr nicht. Ein Beispiel dafür ist die Verklagung des französischen „Journal“ vom 14. November, das in einem Beitrag schon darauf hinweist, „daß die Alliierten sehr energisch intervenieren würden, wenn die Reichsregierung den Forderungen der Industrie nachgäbe“. Es muß doch zu deuten geben, daß die Alliierten sich jetzt plötzlich auf den Standpunkt der Arbeiter, Angestellten und Beamten stellen. Das bedeutet sicher nichts Gutes für sie und das gesamte deutsche Volk. Man geht wahrscheinlich mit der Vernichtung nicht fehl, daß Absichten der oben angedeuteten Art in ihnen bereits bestehen. Auch die Reichsregierung scheint nach dieser Richtung Befürchtungen zu haben, was daraus zu schließen ist, daß die Arbeitsmarktsverhandlungen über das Angebot der Industrie bis jetzt erfolglos verlaufen sind; hätte sie das Angebot statt abzuschrecken, so würde das bereits bekannt geworden sein. Man versteht sich bei der Reichsregierung unzweckmäßig nicht die Gefahr des Folgen einer strikten Ablehnung. Da man aber ebenso wenig das Angebot der Industrie annehmen kann, so liegt es nahe, einen Mittelweg zu suchen. Dicker wird zwar weder die Industrie einerseits, noch die Arbeiter, Angestellten und Beamten andererseits befriedigen können, aber es scheint mit möglich zu sein.edenfalls ist er das kleinere Übel.

Kaiser Karl auf Madeira

London, 20. November. Einem Sonderbericht des Berichterstatters der Exchange Telegraph Company aus Washington ist in die erste Sitzung auf der Washingtoner Konferenz zu hören. Tokio der Wahrnehmung der Vereinten Nationen, daß sie auf der Durchführung der Hauptpunkte der Konferenz beständig bestehen, stellt sich Japan auf den Standpunkt, daß seine Großflamboyance 70 Proz. statt der von amerikanischer Seite vorgeschlagenen 60 Proz. belingen solle. Die amerikanischen Delegierten untersagen das Volumen des Sino-sächsischen Quedes und wünschen es sich möglichst rasch ihrer Ansicht würdig zu machen. Von maßgebender Seite wird dagegen urgeteuert, daß Japan in dieser Frage einen Standpunkt der Vereinigten Staaten schafft, der ungefähr gleichgeblieben ist.

150 Mantelrohre in Heidenau aufgefunden

Die Durchsuchung in Heidenau wird folgendes mitgeteilt: Die Angelegenheit ist dadurch erledigt worden, daß die Fabrikleitung und die Arbeiterschaft von sich aus beim Polizeipräsidium den Antrag auf Besichtigung und Durchsuchung des betreffenden Raumes stellten. Die von der interalliierten Kommission bei der Untersuchung am Dienstag in dem einen Hochbau bezeichnete Pauer wurde daraufhin an einer Stelle durchlöchert. In dem dahinter befindlichen Raum wurden von den Polizeibeamten 150 Stück aufzuschließende Mantelrohre, Gußisenfabrikate für leichte Feldhaubitzen aus Chromnickelfestahl in den verschiedensten Bearbeitungsstadien befindlich, festgestellt und zur weiteren Verfugung darüber durch die zuständigen Stellen sichergestellt. Die Fabrikleitung und die Vertreter der Arbeiterschaft erklärten einstimmig, es handle sich dabei um Mantelrohre, welches die Fabrik, die während des Krieges Militäraufträge gehabt hatte, noch in den letzten Monaten des Krieges in Bearbeitung genommen hatte. Keinesfalls sei es Material, das erst nach dem Friedensvertrag angefertigt und in Bearbeitung genommen worden wäre.

Deutsche Kinderhilfe. Vom sächsischen Landesausschuß

Deutsche Kinderhilfe wuchs und geschrieben: Die sächsische Landesammlung der Deutschen Kinderhilfe ist unter dem 2. dieses Monats abgeschlossen worden. Es sind, außer der Scholäsen 280 000 R. aus den Erträgen der Sammlungen im Reich, der vornehmlich aus Württemberg und Württemberg an den Freistaat Sachsen in Anerkennung seines besonderen Notstandes überwiesen worden, in Gangen bis zum 9. November 4 740 237 R. und 75 Pf. eingegangen. Die ganze Summe ist ausschließlich dem Freistaat Sachsen zugute gekommen, da die Berliner Zentralstelle außerdem auf ihren bestimmungsgemäßen Anteil verzichtete. Der erste Teil des Sammelvertrags ist einem Teil (2 670 870 Mark) den 112 sächsischen Wohlfahrtspflegebezirken und zum anderen Teil (2 018 608) dem Landesausschuß für Wohlfahrtspflege (Ministerium des Innern), überwiesen, das seinerseits die Wohlfahrt der Wohlfahrtspflege im ganzen Lande nutzbar macht. Der Arbeitsausschuß dankt allen großen und kleinen Gießern und Gießern, Helfern und Helferinnen und ganz besonders auch der gesamten Presse auf das herzlichste. Wege ihnen allen der unerwartet reiche Erfolg der Sammlung, der für eine Reihe von Gemeinden der Anstoß zur freudigen Weiterpflege des Gedankens der Kinderhilfe geworden ist, der Beweis dafür sein, daß die wichtigste Aufgabe des jüher trostlosen Gegentheils: die Hilfe für unsere Kinder als Zukunftssarbeit im Dienste des Wiederaufbaus, noch immer offene Hände und offene Herzen findet.

Mitschau bei Schierewalde. Großfeuer brach in der Nacht zum Sonnabend auf bisher noch unaufgelöste Weise in den Werkstätten der Firma Gebr. Fries, L.-G., in Mitschau aus. Die gesamte Zuliefererlage fiel den Flammen zum Opfer. Der Schaden beträgt über 1 Million Mark. Man vermutet Brandstiftung.

Weiters. Am Sonntag fand hier die Eröffnungswahl zum Stadtverordnetenkollegium statt. Bei einer Wahlbeteiligung von rund 90 Prozent erhielten die Bürgerliche Einheitsliste 10 113, die Rechtssozialisten 9138, die Unabhängigen 1272, die Kommunisten 929 Stimmen. Von zwölf ausscheidenden Stadtvorwählten erhalten die Bürgerlichen 6 und die Rechtssozialisten ebenfalls 6 Sitze. Es bleibt das alte Verhältnis von 18 gegen 18 bestehen.

Aus Dresden

Pattico legt Berufung ein

Zu 500 000 R. Geldstrafe hat bekanntlich das Bühnen- und Theatergericht den Dresdner Tenor Tino Battico wegen Verleihung eines Gastspielvertrages mit der Wiener Staatsoper verurteilt. Gegen das Urteil hat Battico Berufung eingelegt. Sein Anwalt teilt mit, daß Battico seine Verpflichtungen in Wien nicht erfüllen konnte, weil das Dresdner Finanzamt Pr. Progent des Vermögens seiner Frau und außerdem das ganze Reichsteotoper als Sicherheit gegen Steuerflucht einforderte. Dies Verlangen war unerfüllbar, weil Frau Batticos Vermögen in gebundemem Betrag besteht. Obenbem sei überhaupt nur eine Vertragsstrafe von 250 000 Kronen ausgemessen werden. Battico hätte daher gar nicht zu 500 000 R. Strafe verurteilt werden dürfen. Über seine Reise nach Amerika hat ihm das Finanzamt leichtere Bedingungen gewünscht.

Der Deutsche Esperanto-Bund, Amtsverein Dresden, bat am Montag, den 18. November, die letzte Gelegenheit, den 20. Geburtstag des ältesten Dresdner Esperantisten, des Herrn Anton W. Schimmel, fehl zu begehen. In den herzlichen Worten, die die Vertreter des Dresdner Ortsvereins an den Jubilar richteten, kam die Bezeichnung und Hochschätzung des alten Esperantisten zum Ausdruck. Gemeinsame Gelänge und Vorläufe der verbündeten Art ließen die fröhliche Runde lange beschwinnen. Herr Dr. Villa aus Havanna bedankte als ausländischer Esperantist im Jubilar, der trotz seines hohen Alters in letzter Weise das Fest wohl und weiterhin eifera für seine aktive Esperantopropaganda thätig sein wird. — Die urheblich für den 19. November im Saale des Rathauses Döbeln geplante Veranstaltung ist wegen des Totensonntags auf Sonnabend, den 20. November, versetzt worden.

Vorträge

im kathol. Gesellenhaus, Dresden, Käffnerstraße 4 zum Besten des Hauses.

III. Vortragsreihe.

Redner: **Jesuitenpater Siebers** aus Berlin. 2. Mittwoch den 23. November abends 8 Uhr: „Kirche und Autorität.“

3. Donnerstag den 24. November abends 8 Uhr: „Kirche und Christus.“

4. Freitag den 25. November abend 8 Uhr: „Christus und der moderne Mensch.“

Karten zu 3, 2, 1 Mk. für den Vortrag bei den Buchhandlungen Trümper, Sporergasse, Beck, Schloßstraße, Heinrich, Ferdinandplatz, und im Gesellenhaus.

Handwerkskammern und Handwerksfragen

Die hauptsächlichsten Aufgaben der Handwerkskammern, die in der Reichsgewerbeordnung niedergelegt sind, beziehen vornehmlich in der nächsten Zeitung des Lehrlingswesens, der Durchführung der für das Lehrlingswesen geltenden Vorschriften und ihrer Überwachung, in der Unterstützung der Staats- und Gemeindebehörden, in der Förderung des Handwerks durch Mitteilungen und Erfassung von Gutachten über Fragen, welche die Beihilfen des Handwerks berühren. Anträge, welche die Interessen des Handwerks angehen, sind von den Kammern zu beraten und den Behörden vorzulegen, ebenso ihre Beobachtungen über die Beihilfen des Handwerks.erner gehört zu ihren Aufgaben die Bildung von Prüfungsausschüssen zur Abnahme der Meister- und Meisterprüfung, sowie die Bildung von Ausschüssen zur Entscheidung über Anträge der Kammern auf Beihilfen. Die Handwerkskammer soll in allen wichtigen, die Gesamtinteressen des Handwerks oder einzelner Zweige derselben berührenden Angelegenheiten gehörig werden. Sie ist befugt, Veranstaltungen zur Förderung der gewerblichen, technischen und fülllichen Ausbildung des Meisters, Gesellen und Lehrlinge zu treffen, sowie Hochschulen zu errichten und zu unterstützen. Die Tätigkeit der Handwerkskammern ist also eine sehr vielseitige; sie soll der Entwicklung des Handwerks nützen und sein Ansehen festigen.

Ereuzlicherweise hat in letzter Zeit gute handwerkliche Arbeit erheblich an Wertzähnung gewonnen; die gewerbliche Arbeit erinnert sich mehr und mehr eines grossen Gewerbebetriebs, das ist im Interesse des Wiederaufbaus Deutschlands wohl zu würdigen, sagt doch schon Hans Sachs: „Ehre, deutsche Volk und hohe treulich deinen Handwerkstand, als das deutsche Handwerk blüht, blüht auch das deutsche Land.“ Zweifellos wollen auch die deutschen Handwerker in diesem Sinne ihre Arbeit verehren und hierdurch mitwollen, die gesamte deutsche Volkswirtschaft zu neuer Blüte zu bringen. Um in wirtschaftspolitischer Hinsicht sich den erforderlichen Einfluß zu sichern, haben sich die selbständigen Handwerker zu Handwerksverbänden zusammengeschlossen. Die „Nordostdeutsche Handwerker Korrespondenz“ weist auf die Parole hin, die zufolge des württembergischen Einflusses gewonnen auf Werbung und Verwaltung.

Die Handwerksverbände kämpfen für die Anerkennung des Handwerks als gleichberechtigten Stand neben Landwirtschaft, Handel und Industrie. Sie verlangen ein neues Handwerksrecht und führen den härtesten Kampf gegen alle handwerkshindernende Gesetze und Verordnungen. Darüber hinaus wollen aber die Handwerksverbände ein Erziehungs- und Schulungsinstitut für das Handwerk sein und aus seinen Reihen eine Führungskadre heranzubilden für die Parlamente und die Leitung von Zunehmen, Gewerkschaften und Verbänden. Sie wollen das Standesbewusstsein im Handwerk wieder lebendig machen und beweisen eine handwerkliche Kultur in Matisch leben. In allen Lebens- und Schlafsfällen wollen die Handwerksverbände dem einzelnen Meister einen sicheren Rückhalt bieten.

Bedeutend für den Mann so oft vorangestellten „notwendigen Untergang des Kleinbetriebe“ ist die Tatsache, daß auf Grund der amtlichen gewerbl. Betriebszählungen im Deutschen Reich festgestellt wurde, daß von 1882—1907 die Zahl der Kleinbetriebe (1—5 Arbeitsträger) von 2 882 708 auf 3 121 191, die Zahl der Mittelbetriebe (6—10 Arbeitsträger) von 112 715 auf 267 410 und die der Großbetriebe (über 50 Arbeitsträger) von 9 974 auf 32 007 gestiegen ist.

Man sieht also, daß von einem Rückgang der Kleinbetriebe gar keine Rede sein kann. Im Gegenteil haben sie sich um 241 430 Betriebe vermehrt, die Mittelbetriebe um 154 935, die Großbetriebe dagegen nur um 22 023 Betriebe. Die Kleinbetriebe beschäftigten 1907 5 961 576 Arbeitsträger, die Mittelbetriebe 3 044 415 und die Großbetriebe 5 350 020 Personen. An den Kleinbetrieben waren also mehr Personen beschäftigt als in den Großen Betrieben und Mittelbetrieben. Die Arbeitsträger der Kleinbetriebe machten mehr wie ein Drittel der 14 318 016 in Gewerbebetrieben beschäftigten Personen aus. Auch die Zahl der beschäftigten Personen im Kleinbetrieb ist von 1882 bis 1907 um über eine Million gestiegen. Man erhält aus dieser Statistik, daß nun höchst aller Kleinbetriebe klein sind. Der Großbetrieb findet sich vor allen Dingen im Bergbau, in dem Gewerbe der Stein und Erde, der chemischen Industrie und im Gewerbe der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte. Dagegen nahmen die Kleinbetriebe im Fleischgewerbe 97,2 Prozent, im Lebensmittel 91,8 Prozent, im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe 89,6 Prozent, im Holz- und Schnittstoffgewerbe sowie im Textilgewerbe 89,5 Prozent und in der Metallverarbeitung 87,0 Prozent der Gesamtbetriebe ein. Auch im Buch- und Steinbruchgewerbe ist die Zahl der Kleinbetriebe eine ganz erhebliche, wie ziffernmässig aus den Nachweisen der Betriebszählungen hervorgeht. Dasselbe hat auch seit dem Jahre 1907 in allen Gewerben eine erhebliche Zunahme der Kleinbetriebe stattgefunden, ein Zeichen, daß das Handwerk sich zu behaupten weiß. Die beste Empfehlung für das Handwerk ist aber die Pflege der Qualität der Arbeit. Je mehr in dieser Hinsicht das Handwerk seinen Ruf und sein Ansehen zu haben versteht, um so mehr wird ihm auch eine gesuchte Zukunft beschieden sein.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden. Am Sonntag, den 27. November, feiert der III. Orden des hl. Franziskus das 700-jährige Bestehen dieses Ordens. Am Nachmittag wird ein Kapuziner-Vater in der Josephskirche früh 8:30 Uhr die hl. Messe mit Predigt abhalten, dann nachmittags 8:30 Uhr die Versammlung des III. Ordens mit Antrags- und abends um 8 Uhr die Andacht mit Predigt. Die Mitglieder und auch die anderen Gläubigen werden gebeten recht zahlreich sich an der Feier zu beteiligen.

* **Dresden.** S. A. V. „Columbus“. Am Anfang an das in der Sonntagnummer erschienene Juferat machen wir auch hierdurch unsere Mitglieder nochmals auf den am nächsten Donnerstag den 24. November 1921, abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Schild“ Hotel am Hauptbahnhof stattfindenden Vortrag aufmerksam. Herr Dr. Söhling von der Verbandsseitung in Ehren wird über Verbandsfragen sprechen und bitten wir in Anbetracht der Wichtigkeit des zu behandelnden Themas um zahlreiche Erscheinen. Besonders insbesondere junge Katholiken, sind ebenfalls herzlich eingeladen.

* **Dresden - Löbtau.** An unserer Pfarrapelle werden in dieser Woche Missionssonntage gehalten durch den hohen Herrn Vater Lanzer und zwar am Mittwoch, Donnerstag und Freitag abends 18 Uhr als Fortsetzung auf die Advents-Kommunion der Gemeinde, die nächsten Sonntag fehlt 8 Uhr anhalten wird, wobei ebenfalls Herr Vater Lanzer predigen wird. Gelegenheit zur Beichte schafft die Vaterlanzer-Messe am Sonnabend nachm. von 4 bis 8 Uhr (voraus auch Juferat morgen).

Theater und Musik

* **Brahms' deutsches Requiem.** In dem an Chorwerken so ausführlich armen Konzertprogramm Dresdens muss die Aufführung von Brahms' deutschem Requiem, die am Bußtag in der Dreifaltigkeitskirche unter Karl Weintraub wahrgenommen wurde, mit ganz besonderer Begeisterung begrüßt werden. Das Werk ist, wie kaum ein anderes der deutschen Chorliteratur von tiefer, fast kindlicher Frömmigkeit erfüllt und von einer klaren jedermann jugendlichen Schönheit wie kaum eine jemals Komposition des Romantikers Brahms. Die Übergabe war ausführlich. Weintraub bekannte Stärke in der Führung von Chören offenbarte sich wieder herausragend, Präzision und Wirkung waren unabködlich, die Tempi bewußt verlangsamt und vorsichtig. Einzig das Orchester (die Staatskapelle) klängt stellenweise etwas zag und lastend. Die Solopartien lagen bei Robert Burg und Eichel von Schuch in wohlbekannten Händen. Das Sopranolo „Wer hat nun Feuerigkeit“, der Höhepunkt des Werkes, war auch gelunglich von Fraulein Schönheit. Zwei kleinere Neuerlichkeiten könnten läufig gut vermieden werden, besonders wenn es sich um geistliche Musik handelt. Der Beginn der Aufführung war so prächtig eingehalten worden — so sehr nur zu loben — daß während des ganzen ersten Satzes sich die Männer im Kirchenraum noch in Bewegung befanden. Man stande also läufig nicht plötzlich in Gleichzeitigkeit an, daß zu jenem Moment verschlossene Türen sinden. Die endg. verbliebenen Klänge über dem Chor werden diesem und dem Orchester das größte Vergnügen gewesen sein, und die große Schlussklade auf der Orgel mag wohl eine hohe Gewohnheit sein und eine Konzeption an den kirchlichen Ort, am Anfang des deutschen Requiems aber bedeutete sie, so gespielt, einen Stimmgewaub.

Bermischtes

Furchtbare Strafe für eine unerhörte Freveltat. Ungefährliche Kuhler der Roma-Welle in Waldheim (Babitz) rütteln auf einem Radkette mit am Wege liegenden Kindern allerlei Unannehmlichkeiten ab, sogar einen Christuskörper herum und nötigte ihn mit den Haken nach oben mit der aus dem Kreis am zwei Tage später geriet even die Kuhler in den Hafen mit dem Kopf nach unten in eine Fischgrube und wurde von zwei Rädern vollständig zerstampft.

* **Zie auf vollkommen freiwilliger und manigfachlicher Hilfebasis aufzubauen, freiwillige Sanitätskolonne vom roten Kreuz zu Kaufhof hat für den Bereich unter ihren zahlreichen Filialen eine Reihe von fünf Notgeräten mit verschiedensten Ausstattungen zur Rettungswerk bereitgegeben, die auch für Sammler leicht zu haben sind. Der Satz von 5 Scheinen zu je 50 Pfennige Rettung kostet einschließlich Versandkosten 8 Mark ausführlich Porto und Boden; alle Bestellungen darauf werden sofort nur mit lassendem Scheine ausfüllt. Gänder erhalten die Scheine bei Ausgabe ihres Finanzamtes und der Steuernummer unversteuert.**

Unsere heutige Nummer umfaßt 6 Seiten

Vorstandsvorstand: Für den redaktionellen Teil: Friedeck. **Korriging:** für den Inseraten-Teil: Josef Hoffmann. **Druck und Verlag:** Verlag der „Saxonia-Buchdruckerei“ in m. b. o. zu Dresden.

Zentrum (Christl. Volkspartei) KAMENZ

Dienstag den 22. November 1921

abends 8 Uhr im Saale der „Lindenstraße“

Versammlung

Lichtbildervortrag durch Herrn Kaplan Brusk „Der Schwarzwald“

An alle Mitglieder mit ihren Angehörigen und Freunden ergeht die Bitte, sich recht zahlreich zu dieser Versammlung einzufinden. Der Vorstand.

Vorträge im kathol. Gesellenhaus, Dresden, Käffnerstraße 4 zum Besten des Hauses.

III. Vortragsreihe.

Redner: **Jesuitenpater Siebers** aus Berlin. 2. Mittwoch den 23. November abends 8 Uhr: „Kirche und Autorität.“

3. Donnerstag den 24. November abends 8 Uhr: „Kirche und Christus.“

4. Freitag den 25. November abend 8 Uhr: „Christus und der moderne Mensch.“

Karten zu 3, 2, 1 Mk. für den Vortrag bei den Buchhandlungen Trümper, Sporergasse, Beck, Schloßstraße, Heinrich, Ferdinandplatz, und im Gesellenhaus.

Kath. Kaufm. Verein „Columbus“ Dresden.

Donnerstag, den 24. November 1921

im Vereinslokal „Schild“ Hotel, am Hauptbahnhof

Vortrag

des Herrn Dr. Söhling - Essen über:

Standes- und Verbandsfragen.

Um das Erscheinen aller Mitglieder wird dringend gebeten.

Gäste herzlich willkommen.

Der Vorstand.

8450

Familien-Drucksachen

Verlobungs-, Vermählungs- und Traueranzeigen
sowie alle Arten **Dank- und Besuchskarten** liefert in
sauberster geschmackvoller Ausführung schnell und preiswert

Saxonia-Buchdruckerei G.m.b.H., Dresden-A.16, Holbeinstr. 46

Zur Lohnbewegung in der ostfächischen Textilindustrie

In dem im der ostfächischen Textilindustrie ausgebrochenen Lohnkampfe hatte der Herr Kreishauptmann von Bautzen versucht, vermittelnd einzutreten, indem er beide Parteien zu einer Ausprache nach Bautzen eingeladen hatte. Dieser Einladung war von beiden Seiten entsprochen worden. Der Herr Kreishauptmann machte den Vorschlag, die bestehende Lohndifferenz von 45 Pfsg. in der Weise zu teilen, daß die Arbeitgeber ihr Lohnangebot um $\frac{1}{3}$ der oben genannten Summe, also um 15 Pfsg., erhöhen, während die Arbeitnehmer ihre Forderung um $\frac{1}{3}$, also 15 Pfsg. fürzen sollten. Der Tarifvertrag sollte auf 3 Monate Gültigkeit haben.

Die Arbeitgeber erklärten, ausgehend von dem Gedanken, den Wirtschaftsfrieden wieder herzustellen, diesen Vermittlungsvorschlag bedingungslos anzunehmen. Darüber hinaus erklärten sich die Arbeitgeber, einer Anregung des Herrn Kreishauptmanns folgend, bereit, besondere Zulagen im Januar in Aussicht zu stellen, falls sich durch die Leuerungsverhältnisse die Grundlagen des abgeschlossenen Tarifes wesentlich ändern sollten.

Die Gewerkschaften lehnten den Vermittlungsvorschlag des Herrn Kreishauptmanns rundweg ab.

Dadurch verließen die Verhandlungen infolge der Unnachgiebigkeit der Gewerkschaften ergebnislos.

Damit sind für die Fortdauer des Kampfes und das Umschreiten der Streikbewegung voll verantwortlich lediglich die Gewerkschaften.

Arbeitgeberverband der Textilindustrie Ostfachsens.

Paul Zimmermann
Lisl Zimmermann geb. Münch
Vermählte
Dresden-Alt. Zöllnerplatz 10
21. November 1921

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß verschied gestern nach längerer Krankheit an Herzschlag meine liebe Gattin, Pflegemutter, Schwester, Schwägerin, unsere innigstgeliebte Tante, Frau

Ottolie Tzech geb. Löbmann.

Um ein frommes Gedenken im Gebote für die toore Verstorbenen bittet im Namen aller Angehörigen in tiefster Trauer

Augustin Tzech, Bahnhofswirt.

Sehrgiswalde, den 21. November 1921.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 24. Nov. vormittags 11.10 Uhr statt.

Katholische Pfarrgemeinde Dresden-Löbtau. Missions-Vorträge

des hochwürdigen Herrn Vater Panger:
Mittwoch den 23. Nov. abends 1/2 Uhr in der Pfarrkapelle,
Donnerstag den 24. Nov. abends 1/2 Uhr in der Pfarrkapelle,
Freitag den 25. Nov. abends 1/2 Uhr in der Pfarrkapelle.
Sonntags den 26. Nov. nachm. von 4 bis 8 Uhr Beichtgelegenheit (mehrere Beichtväter); Sonntag den 27. Nov. vorm. 8 Uhr Abend-Messe-Gemeinder-Kommunion mit Predigt.

Kathol. Mütterverein (Hofkirche) Dresden.

Die nächste Versammlung findet Donnerstag, den 24. November, abends 1/2 Uhr im Gesellenhaus, Bildergeschoss statt. Tagesordnung: Vortrag Sr. Hochwürden Monsig. Insel.

Katholischer Männerverein Bautzen.

Donnerstag den 24. November abends 1/2 Uhr im Gesellenhaus

Theater und Tanz.

Eintrittsgegeld 2 Mark und Steuer 1 Mark.

Die Lohnbewegung in der ostfächischen Textilindustrie

Der Arbeitgeberverband der Textilindustrie Ostfachsens und die Arbeitergewerkschaften haben vom 20. Oktober bis 8. November 1921 in fünfjährigen Verhandlungen über den Neuabschluß von Tarifverträgen gestanden. Die Verhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt, da eine Einigung über die Höhe des Lohnes nicht zu erzielen war.

Die Grundlage für die für alle Branchen der ostfächischen Textilindustrie zu vereinbarenden Löhne sollte mit den aus den Unterschieden der verschiedenen bisherigen Tarifverträge sich ergebenden Abstufungen der Lohn für den Weber der Hauptbranche (Baumwoll-, Woll-, Leinen-, Seiden-, Halbwoll- und Halbleinenweberei) bilden. Diese Weber bezogen als Altordarbeiter im Oktober 1921:

wenn sie auf einem Stuhle arbeiteten : : : : : : : : : : : 6.49 Mark

wenn sie auf zwei Stühlen arbeiteten : : : : : : : : : : : 7.15 Mark

Für jüngere Personen nach unten gestaffelt.

Das letzte Lohnangebot der Arbeitgeber lautete folgendermaßen:

für den Einstuhlweber männlich : : : : : 7.40 Mark, weiblich : : : : : 7.15 Mark } für Personen

für den Zweistuhlweber männlich : : : : : 8.30 Mark, weiblich : : : : : 8.05 Mark } über 20 Jahre.

Für jüngere Personen nach unten gestaffelt.

Die Gewerkschaften lehnen dieses Angebot glatt ab und forderten kategorisch Sähe von 7.94 M. bzw. 8.92 M., weil diese Sähe in Westfachsen abgeschlossen worden seien.

Diese westfälischen Sähe können für die ostfächische Textilindustrie nicht in Betracht kommen. Denn

1. die ostfächische Textilindustrie erzeugt im Gegensatz zu Westfachsen überwiegend Massenartikel für den Inlandsbedarf. Sie hat ihre Hauptkonkurrenzgebiete vornehmlich in Schlesien und Süddeutschland und nicht in Westfachsen.
2. Die von den Arbeitgebern angebotenen Lohnsätze erreichen diejenige Höhe, welche in den anderen ostfächischen Hauptindustriezweigen für gelernte Arbeiter tariflich festgelegt ist.

Als die Verhandlungen am 8. November ergebnislos verlaufen waren, hielt es die Arbeiterschaft für richtig, am 10. November unter Bruch des Arbeitsvertrages unvermittelt in einer Reihe von Betrieben in den Streik zu treten, ohne weitere Wege der Verständigung erschöpft zu haben. Gegenüber dieser Herausforderung hat sich die Arbeitgeberchaft entschließen müssen, zum Schutz der bestreikten Betriebe ihrerseits, die Kündigung unter Einhaltung der vertraglichen oder gesetzlichen Fristen vorzunehmen.

Arbeitgeberverband der Textilindustrie Ostfachsens

Suche

für 1. Januar eine zuverlässige

Stütze

mit Kochkenntnissen.

Mädchen wird gehalten. Mel-
dung mit Gehaltsanträgen und
Bewilligungen zu richten an
Herrn Fabrikdirektor H. Krause,
Wurzen, Hauptstraße 4.

Zum 1. Januar sucht sofort
befreies älteres Kinderstädtchen

Stellung

Angebote u. "P. O. 421" an die
Geschäftsstelle d. A. erbeten.

Gute nettes Helm

mit Hochgelegenheit bei allein-
sitzender Dame. Off. u. "P. O.
421" an die Geschäftsstelle d. A.
erbeten.

Metallbetten

Stahlmatratzen, Kinderbetten
direkt an Privat. Kat. 6 P. frei.
Eisenambulabrik, Suhl (Thür.).

Unauslöslichen Dank

sprechen uns zahlreiche Patienten aus, welche
durch die Behandlung mit



Wohlmut's elektro-galvanischem Schwachstrom-Apparatus

(Marke Geweco)

die Gesundheit wiedererlangt haben. Verlangen Sie bitte
noch unsere Prospekte und nehmen Sie eine Probessitzung!

G. Wohlmut & Co., A.-G., Dresden-A.

Bürgerwiese 22 (Haus Dianabad)

(Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten!)

Sitzungen können auch bei den in Dresden eingerichteten
Ambulanzen vorgenommen werden.

General-Vorsteher für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatsch, Bautzen, Moltkestraße 31.

Rohsalami I . . 15 M. Rohsalami II . . 12 M.

Beon-Wurst 9 M.

alles per Pfund, prima Ware in Böhlkoll, verendet

Jos. Voaggenreiter, Fleißgerei

Gleisenzell-Mottl, Niederbautzen.

Scheuertücher

groß, sehr haltbar.
Säde von 2 M. an.

Gärtnerie Gelegen-

Von jedem
Personenfreund
nur den Geschäft-

Mat. Donal-

Bei der Wäsche
macht, daß die
und Umgegend
und Höflichkeit

Er hatte diese
Wäsche der
Küchen in T

ing die Gefahr

Mat. Donald qu

um die Hand

Die Ungewöhn

Die Tat folgen

hatte er sich die

Er war nicht

Niemand

Todten als S

Ammer als S

Lebter." ergänzt

Lebendig e

Zobald e

Zurück

Wohlmut

